

Wahlprüfsteine des Bündnisses heilen & helfen an die Fraktionen zur Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013

- **Wird Ihre Partei das duale Krankenversicherungssystem erhalten oder welche Gründe sprechen aus Ihrer Sicht für grundlegende Veränderungen?**
 Es häufen sich Vorschläge in der öffentlichen gesundheitspolitischen Diskussion, die beiden Krankenversicherungssysteme zu vereinheitlichen und eine sogenannte Bürgerversicherung einzuführen. Zudem fordert die PKV beispielsweise die Etablierung sozialrechtlicher Instrumente und die GKV Bestimmungsrechte über private Leistungen, für die sie gar keine Kosten übernehmen darf. Ein einheitliches Krankenversicherungssystem wird den Wettbewerb um die Versorgungsqualität schwächen, medizinische Innovationen behindern und Leistungseinschränkungen zum Nachteil der Patienten erleichtern.
- **Was wollen die Parteien unternehmen, um der ambulanten und der stationären Medizin eine angemessene Mitsprache und Entscheidungskompetenz bei den regionalen Gesundheitskonferenzen und in dem Landesgremium nach § 90a SGB V einzuräumen?**
- **Wirksamer Patientenschutz wird nicht zuletzt durch eine dem Stand der zahnmedizinischen Wissenschaft angepasste universitäre Ausbildung verwirklicht. Wird Ihre Partei – soweit sie in der neuen Legislaturperiode Regierungsverantwortung tragen sollte – die ablehnende Haltung des Landes Hessen zur Novellierung der Approbationsordnung aufgeben und nach fast 60 Jahren Stillstand den Weg frei machen für eine hochstehende und zielgerechte zahnärztliche Ausbildung an den hessischen Universitäten?**
 Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) hat die Bundeszahnärztekammer mit ihrem zuständigen Vorstandsreferenten für die Approbationsordnung, Herrn Dr. Frank, eine zwischenzeitlich mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) abgestimmte Neufassung der Approbationsordnung für Zahnärzte vorgelegt, die die derzeit noch gültige Approbationsordnung für Zahnärzte aus dem Jahre 1955 ablösen soll. Das Bundesland Hessen blockiert allerdings momentan mit Hinweis auf die finanziellen Mehrbelastungen deren Erlass durch das BMG.
- **Was gedenken Sie zu tun, um Engpässe bei der Lieferfähigkeit von Arzneimitteln zu verhindern?**
 Durch Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln, teilweise mit nur einem Hersteller weltweit, werden Patientinnen und Patienten in Lebensgefahr gebracht. Hinzu kommt, dass bedingt durch die Rabattverträge manche Hersteller zur Vermeidung von Vertragsstrafen Arzneimittel zurückhalten, die von den Versicherten anderer Krankenkassen benötigt würden.

- **Setzen Sie sich dafür ein, dass bei der nächsten Novellierung des Gendiagnostik-Gesetzes die Apotheker aufgenommen werden?**
Aufgrund der Bestimmung des menschlichen Erbgutes kann die Wirkung von Arzneimitteln zuverlässig beurteilt werden. Eine Aufnahme der Apotheker in das Gendiagnostik-Gesetz würde es ermöglichen, dass in den Apotheken Arzneimittelchecks stattfinden können, die die Medikation auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz überprüfen.
- **Wie steht Ihre Partei zur Einführung eines „Tierschutzdienstes“/ einer „Task Force Tierschutz“, die überregional in ganz Hessen alle amtlich tätigen Tierärzte/Tierärztinnen und Veterinärämter bei aktuellen Fragen zu den Themen „Tiertransport“, „Überwachung reisender Betriebe mit Tieren (z. B. Zirkusse)“, „Veranstaltungen mit Tieren (z.B. Reptilienbörsen)“ sowie bei der technischen Überwachung insbesondere der Betäubungsgeräte an den Schlachtstätten unterstützt?**
In den letzten 15 Jahren haben sich die Aufgaben der Veterinärämter insbesondere in den Bereichen „Tierschutz“ und „Verbraucherschutz“ dramatisch vermehrt und vervielfältigt. Dazu trug insbesondere auch die europäische Gesetzgebung bei. Die personelle Ausstattung mit Tierärzten, Tiergesundheitsaufsehern und Verwaltungsmitarbeitern wurde auf den hessischen Veterinärämtern aber nur punktuell verbessert.
- **Wie plant Ihre Partei den Verbraucherschutz und die Stellung des Tierarztes im Verbraucherschutz zu unterstützen?**
Der Tierarzt spielt eine große Rolle im Verbraucherschutz („from the stable to the table“ oder „vom Stall bis auf den Tisch“). Damit die Überwachung (Futtermittel, Tierhaltung, Tierseuchenabwehr, Tiertransport, Schlachttier- und Fleischuntersuchung, Lebensmittelüberwachung) von höchster Qualität auch effektiv erfolgen kann, ist Personal notwendig.
- **Halten Sie die Behandlungskapazitäten für psychisch erkrankte Kinder, Jugendliche und Erwachsene für ausreichend? Welche Initiativen wollen Sie zur Verbesserung der Versorgung ergreifen?**
Trotz angeblicher „Überversorgung“ nach Bedarfsplanung bestehen in Hessen landesweit erhebliche Wartezeiten. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen droht die Chronifizierung von Störungen. Der Gesundheitsbericht der Landesregierung und die Reports der Krankenkassen belegen steigende AU-Zeiten und Frühberentungen wegen psychischer Erkrankungen. Die Inanspruchnahme des „Notventils“ Kostenerstattung nach § 13 Abs. 3 SGB V hat sich bundesweit von 2003 bis 2012 mehr als verfünffacht.
- **Werden Sie die Landesförderung der Erziehungsberatungsstellen, verbunden mit inhaltlichen und personellen Standards, wieder aufnehmen und die notwendigen Mittel für einen Ausbau bereitstellen?**
Erziehungsberatungsstellen stellen ein niedrighschwelliges, pädagogisch-therapeutisches und präventives Angebot bereit, das insbesondere von Familien mit Migrationshintergrund und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen wird. Durch den Ausstieg des Landes aus der Förderung 2003 wurden die Kapazitäten

vermindert, die personellen Standards aus Kostengründen abgesenkt und das Angebot inhaltlich eingeengt.

an SPD/Grüne:

- **Wie will Ihre Partei angesichts des bereits vorhandenen Hausarztmangels und des sich abzeichnenden Facharztmangels den mit einer Einführung der Bürgerversicherung verbundenen Wegfall der Honorare aus der PKV (basierend auf der GOÄ, der einzigen gesetzlich verankerten Gebührenordnung für Ärzte nach Bundesärzteordnung §10) und seinen Folgen für Klinik und Praxis – Personaleinsparungen bis hin zu Praxis- und Krankenhausschließungen - kompensieren?**

an CDU/FDP:

- **Wie will Ihre Partei mit Hilfe des Kostenerstattungsprinzips die finanziellen Herausforderungen im Gesundheitssystem in den Griff bekommen?**